

LMBV: Sanierungsarbeiten in Rositz/Schelditz in LMBV-Projektträgerschaft gehen voran

11.11.2020

Rückbau belasteter Wohnhäuser hat begonnen

Rositz/Schelditz. Nachdem im Oktober 2019 die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund den offiziellen Startschuss zur Sanierung des Altlastenprojektes im Rositzer Ortsteil Schelditz gab, laufen die Sanierungsarbeiten kontinuierlich weiter.

Im Juni 2020 begann nun der Abriss von acht weiteren belasteten Gebäuden in der Straße der Chemiewerker und der Talstraße. Darunter befindet sich auch der angrenzende Wohnblock Straße der Chemiewerker Nr. 2 bis 8. Voraussichtlich bis zum Jahresende werden die Arbeiten an diesem Objekt abgeschlossen.

Rückbaugrundstücke, die sich südlich der Talstraße und westlich der Brücke zum Pflaumenberg befinden, werden begrünt und sollen langfristig als Überschwemmungsflächen für den Petzagraben zur Verfügung stehen. Demgegenüber ist auf der Fläche zwischen der B 180 und dem höher gelegenen Garagenhof die Errichtung der zum Komplex der Wasserbaumaßnahmen gehörenden Grundwasser-Reinigungsanlage vorgesehen.

Erst im Jahr 2021 können dagegen die Rückbauarbeiten auf den Grundstücken abgeschlossen werden. Ursache ist das Auffinden geschützter Zauneidechsen in den Gärten und auf unversiegelten Flächen bei einer Begehung im August 2020. Durch das Befahren dieser Flächen mit Baumaschinen würde eine Gefährdung dieser Tiere eintreten. Ihre aus Artenschutzgründen erforderliche Umsiedlung kann frühestens im April nächsten Jahres beginnen.

Zeitgleich mit der Vorbereitung des Rückbaus erfolgte von Juli 2019 bis März 2020 zunächst die Baugrunderkundung und geotechnische Untersuchung zur Planung der komplexen Sanierungsvarianten. Notwendig waren hier u. a. Trockenbohrungen sowie die Errichtung von zahlreichen Grundwasser- und Gütemessstellen. Parallel dazu erfolgten Raumluftmessungen, bodenphysikalische Laboruntersuchungen sowie Untersuchungen der Grundwasserbeschaffenheit. Deren Resultate dienen dazu, die laufende Entwurfsplanung aller vorgesehenen Sicherungselemente weiter zu präzisieren.

Die geplanten Gefahrenabwehrmaßnahmen für das gesamte Gebiet Rositz/Schelditz umfassen neben den Objektsicherungen auch Flächenmaßnahmen, insbesondere die Umverlegung des Gerstenbaches, die Anhebung der Talstraße, den Einbau einer Wasserhaushaltsschicht, die Verlegung von Drainagen sowie die Grundwasserreinigung und Ableitung in den Gerstenbach. Nach gegenwärtigen Stand der Planung und Erkundung ist unter Berücksichtigung von zwei sehr komplexen Planfeststellungsverfahren mit einem Abschluss der investiven Maßnahmen im

Jahr 2027 zu rechnen.

Die Sanierungsarbeiten begannen 2019 an der ehemaligen HO-Verkaufsstelle. Dabei handelte es sich um jenen Teilbereich, von dem bisher regelmäßig die stärkste Luftbelastung für das angrenzende Wohngebiet ausging. Nach den Abrissarbeiten am Gewerbeobjekt wurde die Baugrube temporär verfüllt und begrünt.

Hintergrund

Das Altlastenprojekt Rositz-Schelditz ist deutschlandweit beispiellos. Die Kombination aus unterschiedlichen Ursachen und Zuständigkeiten sorgte für jahrelanges Ringen um eine rechtssichere Lösung. Schadstoffe aus der im II. Weltkrieg mehreren Bombardierungen ausgesetzten ehemaligen DEA-Raffinerie und aus dem am selben Standort später betriebenen Teerverarbeitungswerk befanden sich über Jahrzehnte in mehreren Metern Tiefe im Boden. Mit dem Grundwasserstrom wurden sie nach Schelditz verlagert und mit dem Grundwasserwiederanstieg nach oben gedrückt. Ursache für den allgemeinen Grundwasserwiederanstieg ist unter anderem die schrittweise Einstellung des Braunkohlebergbaus und die Außerbetriebnahme seiner Entwässerungselemente.

Der Freistaat Thüringen und die LMBV hatten sich nach intensiver Abstimmung darauf verständigt, die großflächige Sanierung gemeinsam zu finanzieren. Eine entsprechende Vereinbarung war am 16. Februar 2018 von LEG-Geschäftsführer Andreas Krey sowie den LMBV-Geschäftsführern Klaus Zschiedrich und Dr. Hans-Dieter Meyer im Beisein der Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund unterzeichnet worden. Insgesamt investieren Bund und Land ca. 14,7 Millionen Euro in die Maßnahme.

Das Übereinkommen zur nachhaltigen Abwehr der Gefahren durch den Grundwasserwiederanstieg berücksichtigt auch den Ankauf nicht mehr nutzbarer Immobilien. Sieben private Wohnhäuser, ein ehemaliges Gewerbeobjekt und ein Wohnblock der Wohnbaugesellschaft Rositz sind durch den Wiederanstieg von kontaminiertem Grundwasser mit Schadstoffen belastet. Sie sind deswegen nicht mehr nutzbar und müssen zurückgebaut werden.

Abriss der Wohnhäuser - Fotos: Christian Bedeschinski für LMBV



